Weshalb es nicht richtig ist, die Velofahrenden zusätzlich zur Kasse zu bitten

Im Parlament ist ein Vorstoss hängig, der die Einführung einer Veloabgabe fordert. Auch der Bundesrat findet die Idee prüfenswert. Für Pro Velo ist hingegen klar, dass eine neue Velosteuer ungerechtfertigt ist und kontraproduktiv wäre.

AUF DEN ersten Blick leuchtet der Vorschlag ein, dass diejenigen, die auf einer Strasse fahren, diese auch mitzahlen sollen. Denn genau dies täten – so behauptet die Zürcher SVP-Nationalrätin Nina Fehr Düsel in ihrem Vorstoss – die Velofahrenden nicht. Ganz im Gegensatz zu den Motorisierten: Sie zahlen auf jedem Liter Treibstoff eine Abgabe, die über entsprechende Fonds in den Bau und Unterhalt von National- und Hauptstrassen fliesst. Zudem fallen auf kantonaler Ebene Motorfahrzeugsteuern an, die ebenfalls für den Bau und Unterhalt der (Kantons-)Strassen verwendet werden.

Falscher Eindruck

Es entsteht also der Eindruck, dass die Autofahrenden für die Velofahrenden – und auch für die zu Fuss Gehenden – mitzahlen. Das ist tatsächlich so, aber ein Blick auf den Finanzierungsmechanismus der nationalen Treibstoffabgaben zeigt, dass von den jährlich insgesamt knapp fünf Milliarden Franken nur rund zwei Prozent in die Veloinfrastruktur fliessen. Anders sieht es auf kantonaler Ebene aus. Hier stammen 30–50 Prozent der Gelder direkt von den Motorisierten (kantonale Motorfahrzeugabgaben sowie Bundesgelder).

Die Gemeindestrassen wiederum werden praktisch ausschliesslich über den allgemeinen Haushalt finanziert, sieht man von einzelnen Bauprojekten ab, die über Agglomerationsprogramme Bundesgelder enthalten. Und in diese öffentlichen Budgets zahlen alle Einwohnerinnen und Einwohner unabhängig davon, mit welchen Verkehrs-

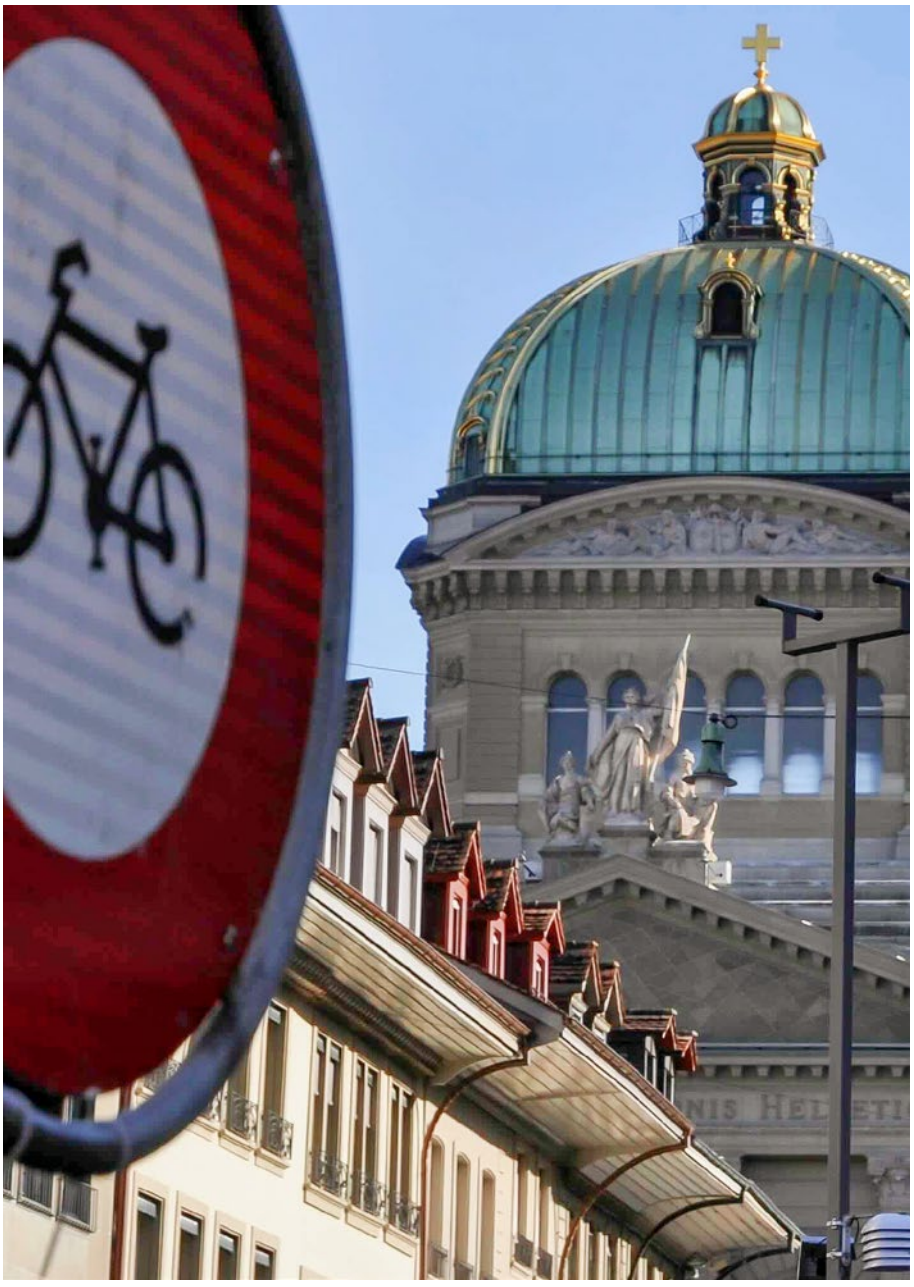

Foto: Pro Velo

Um den Veloverkehr ranken sich zahlreiche Mythen, von denen einer – und zwar ein weitverbreiteter – die Finanzierung durch die öffentliche Hand betrifft.